

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Wochenblatt für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: 10 Pfennige. Die Anzeigenpreise: Die einspaltige Zeile über dem Raum 12 Pfennige, die Restzeile 15 Pfennige. Bei längerer Werbung besondere Abmachung. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 83

Altensteig, Montag den 7 April.

Jahrgang 1924

## Rücktritt der württ. Regierung.

Stuttgart, 5. April.

Noch kurz vor den Wahlen hat sich im württembergischen Landtag das Drama vollzogen, das sich seit Wochen ankündete. Die Abbauperiode der Regierung, die die Aufstellung von sieben Oberamtsbezirken und die Aufhebung des Landgerichts Hall zum 1. April auf Grund des Ermächtigungsgesetzes verordnete, war endlich am 21. März erschienen. Am Tage darauf beschloß der Landtag, in seiner nächsten Sitzung am 2. April die Anträge der Rechten und der Sozialdemokratie auf Aufhebung zu behandeln. In diesem Tage wurde jedoch keinerlei Entscheidung erzielt. Das Zentrum hatte aber inzwischen seine Haltung geändert und sie dem Volkswillen der betroffenen Oberämter angepaßt. Es brachte in Form eines Gesetzentwurfes den Antrag ein, den Vollzug der Aufhebungsverordnung bis zum 15. Juni aufzuschieben, da dieser sterbende Landtag nicht diese wichtige Entscheidung treffen dürfe. Am dritten April fand die erste Abstimmung über den Zentrumsantrag statt, der damals durch eine Zufallsmehrheit von 43 gegen 42 Stimmen des Zentrums abgelehnt wurde. Die erforderliche zweite und dritte Abstimmung zu dem Zentrums-Gesetzentwurf wurde am Samstag vorgenommen, und es ergab sich dabei die Annahme des Aufschubs der Abbauperiode mit 51 Stimmen der Rechten, des Zentrums, und der Deutschen Volkspartei gegen 39 Stimmen der Demokratie und der Vereinigten Sozialdemokratie. Obwohl die Parteien, die für das Gesetz stimmten, die Erklärung abgaben, daß dies kein Misstrauensantrag gegen die Regierung sei, zog die Demokratie ihre beiden Minister (Staatspräsident Dr. Hieber und Finanzminister Dr. Schall) aus der Regierung, die beiden Zentrumsminister gingen aus Solidarität mit.

So stehen wir kurz vor den Wahlen in einer Regierungskrise, die in Wirklichkeit eine Konstitutionskrise ist. Sie soll in dieser Woche mit der Wahl des Staatspräsidenten am Dienstag einer Lösung entgegengeführt werden. Wenn die Beurteilung des mutmaßlichen Wahlausfalls am 4. Mai nur halbwegs zutrifft, so ist mit einer Konstellation von den Deutschen Nationalen bis zu der Deutschen Volkspartei zu rechnen. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Demokratie gleichfalls anschließen würde und die augenblickliche Verärgerung nicht allzu tragisch nähme.

### Entscheidung über den Oberamtsabbau.

Während der Ausführungen der letzten Redner zum Schulabbau war es im Hause allmählich sehr unruhig geworden. Die Tribünen hatten sich gefüllt. Die Abgeordneten fanden in erregt sprechenden Gruppen beisammen. Für die Schlußreden bestand kaum noch irgendwelches Interesse, denn es nahe die Entscheidung über die Frage der Aufhebung der sieben Oberämter.

Die zweite Lesung des Zentrums-Gesetzentwurfes, den Vollzug der Verordnung bis zum 15. Juni hinauszuschieben, wurde dann mit einer Erklärung des Abgeordneten Buzille (D.P.) eingeleitet, der nochmals betonte, daß man die Entscheidung dem Volke überlassen müsse. Der Antrag bedeutete kein Misstrauensvotum gegen die Regierung. Darauf erinnerte Staatspräsident Dr. Hieber, sichtlich erregt, an seine frühere Erklärung, daß die Regierung bei einer Aufhebung der Verordnung zurücktreten werde. Der Antrag des Zentrums konnte einer Aufhebung gleich. Dieser Antrag angenommen, so ziehe er unbedingt die Konsequenzen.

Zemgegenüber erklärte der Abg. Vos (Zentr.), durch den Antrag werde die Verordnung nicht aufgehoben, sondern ihre Wirksamkeit nur bis zum 15. Juni hinausgeschoben. (Zwischenrufe.) Durch den Antrag soll der Regierung kein Misstrauensvotum ausgesprochen und der Staatsautorität kein Abbruch getan werden. Der Antrag wolle lediglich eine Brücke bauen, auf die sich der ganze Landtag stellen könne. Abg. Vos (D.P.) legte dar, daß die Annahme des Zentrumsantrags kein zwingender Grund für den Rücktritt der Regierung sei. Heute stimme seine Partei für den Zentrumsantrag. Abg. Dr. v. Blum sprach sich nochmals gegen diesen Antrag aus, worauf man zur namentlichen Abstimmung schritt. Der Antrag wurde mit 51 gegen 39 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmte die Rechte, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei, Minister Holz stimmte nicht ab, der Abg. Egelhaaf von der D.P. und die Kommunisten fehlten bei der Abstimmung ebenso Präsident Walter, obwohl er sich kurz zuvor durch den Vizepräsidenten Dr. Roth hatte ablösen lassen.

### Rücktrittserklärung der Regierung.

Nach Bekanntmachung des Ergebnisses erhob sich unter lautloser Stille Staatspräsident Dr. Hieber, der

erklärte, er zeige zugleich für den Finanzminister Schall den Rücktritt aus der Regierung an. Minister des Innern Holz sagte darauf, er schliesse sich dieser Erklärung des Staatspräsidenten zugleich namens des Justizministers Beyerle an. Der Antrag des Zentrums sei ihm zwar ebenfalls erschienen und sei für ihn an und für sich kein Grund zum Rücktritt gewesen, doch folge er jetzt dem Beispiel des Staatspräsidenten.

Im Haus entstand nun große Unruhe. Dr. v. Hieber und Minister Schall verließen den Regierungstisch, während die Minister Holz und Beyerle dort verblieben. Auf der Linken zeigte sich große Erregung. Die Situation war eine zeitlang sehr verworren. Der Abg. Scheef (Dem.) beantragte, die Sitzung sofort für beendet zu erklären und in der nächsten Woche zunächst die Wahl eines Staatspräsidenten vorzunehmen. Abg. Andre (Zentr.) verlangte die Fortsetzung der Beratung im Hinblick auf die Wichtigkeit des Gesetzes. Nachdem dann der Antrag Scheef auf Vertagung abgelehnt worden war, schlug Abg. Buzille (D.P.) vor, sofort in die dritte Lesung des Zentrumsantrags einzutreten. Abg. Keil (Soz.) erklärte, es habe jetzt praktisch keinen Wert mehr, gegen die dritte Lesung zu stimmen. Das Haus trat sodann in die dritte Lesung ein und nahm das Zentrums-Gesetz über den Oberamtsabbau an.

Ein Antrag Hanfer-Reil-Scheef bezüglich der Bezirkseinteilung für die am 4. Mai stattfindende Landtagswahl wurde zurückgezogen. Dann wurde die nächste Sitzung auf Dienstag vorm. 11 Uhr mit der Tagesordnung Wahl des Staatspräsidenten anberaumt.

## Reichswirtschaftsminister Hamm gegen Poincare.

Zum vierten Male innerhalb der letzten zwei Monate erklärte der französische Ministerpräsident vor der Kammer die von ihm errechneten Ergebnisse des produktiven Ruhrkampfes. Die Angaben Poincares haben den Berliner Vertreter des „Hamburger Fremdenblattes“ veranlaßt, den Reichswirtschaftsminister Hamm darüber zu befragen. Hamm führte etwa folgendes aus:

„Aus diesen auffälligen Wiederholungen sieht man, wie sehr Poincare mit allen Mitteln bemüht ist, die französischen Wähler von dem Erfolge seiner Ruhrpolitik zu überzeugen, der gegenüber dem Frankensurz eine so unüberlegbare Sprache spricht, ein Sturz, der nur durch das Eingreifen des englisch-amerikanischen Weltmarktes einige Zeit aufgeschoben werden konnte. Poincare errechnet für das Jahr 1923 das Ergebnis der Ruhrbesetzung mit rund 800 Millionen Franken gleich 100–120 Millionen Goldmark, aber er vergißt dabei zu berücksichtigen, daß der Mehrimport von englisch-amerikanischer Kohle die französische Zahlungsbilanz von 1923 gegenüber dem Vorjahre um rund 420 Millionen Goldmark zu ihren Ungunsten belastet hat. Ueber das ganz erhebliche Defizit der französisch-belgischen Eisenbahnregie schweigt er sich ebenfalls aus.“

Die Zahlen für 1924 sind noch phantastischer. Aus den Zufallsergebnissen eines Monats, die mit 12 multipliziert werden, wird ein Jahresnettoergebnis von drei Milliarden Francs und zugleich 600 Millionen Goldmark ausgerechnet. Jedermann weiß, daß die unerträglichen Lasten, die die französische Besetzung auf die Rhein- und Ruhrbevölkerung durch die Abnahmeverträge legt, wirtschaftlich längere Zeit nicht tragbar sind, daß sie vielmehr von der dortigen Wirtschaft nur kurze Zeit übernommen wurden, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch bis zur endgültigen Neuordnung der Verhältnisse nach Möglichkeit abzuwenden. Mit der Produktivität haben diese Ergebnisse wirklich nichts zu tun. Die Multiplikation eines Monatsergebnisses mit 12 ist vollkommen irreführend.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die Sachlieferungen, die Deutschland trotz des Ruhrstreikes an die anderen Mächte ausgeführt hat, allein 370 Millionen Goldmark betragen. Frankreich hätte damit unter den rigorosesten Maßnahmen — Beschlagnahmungen, Ausdehnungen, Einkreierungen — und unter Hinwegsetzung über den Verfall der Verträge und über privatrechtliche Bestimmungen, die sonst in der ganzen Welt geachtet werden, unter schwerster wirtschaftlicher Schädigung des deutschen Schuldners bestenfalls eine Summe erdreist, die derjenigen gleichkommt, welche Deutschland freiwillig an seine Gläubiger würde bezahlt haben. Poincare stellt dabei aber die erzwungenen Leistungen als für Deutschland leicht tragbar hin. Im übrigen sei, was das sachliche Ergebnis betrifft, nur an folgende Stimme aus dem eigenen Lager Poincares erinnert, denen man eine antifrösische Einstellung wirklich nicht nachsagen kann. In erster Li-

nte verweise ich auf die Untersuchungen des Ruhrkampfes durch den Leiter der Cobden-Institute, die George Barnish, der durch die vielfachen Veröffentlichungen in der Reparationsfrage gezeigt hat, daß er wirklich keines deutschfreundlichen Standpunktes für verdächtig gehalten werden kann. In seiner Schrift „Le Bilan de la Ruhr“ weist er bezüglich des Ergebnisses von 1923 darauf hin, daß selbst, wenn alles nach den Hoffnungen der Franzosen und Belgier ginge und wenn sich die Reparationskommission bezüglich der Verteilung der aufgefundenen Summe zu ihren Gunsten ausdrückte, was er selbst für unwahrscheinlich halte, Frankreich und Belgien die Ruhrbesetzung des Jahres 1923 gerade umsonst gehabt haben würden, während sie einen produktiven Erfolg nicht gehabt hätten. Bezüglich des Ergebnisses von 1924 charakterisierte er die bisher aufgestellten Zahlen richtig als reine Hypothesen und Hoffnungen. Für die Befragungswerte ergebe sich 1924 nur ein Minusfaldo. Wer könnte noch glauben, ruft er am Schluß der Berechnung aus, daß unsere Politik des Jahres 1923 eine Politik wirklich produktiver Pfänder gewesen ist?

## Das Schicksal der Ruhrgefangenen.

Berlin, 6. April. Reichsanwalt Dr. Marx gewährte dem Berliner Vertreter der „Accord Press“ über die Frage der politischen Gefangenen in den besetzten Gebieten eine Unterredung. Der Reichsanwalt bemerkte dabei u. a.: Unsere selbstverständliche Erwartung, daß die erste selbstverständliche Folge der Einstellung des Ruhrkampfes die Freiheit der politischen Gefangenen sein würde, ist bisher leider nicht erfüllt worden, obgleich jetzt nahezu fünf Monate seit der Beendigung des vollen Widerstandes verlossen sind. Alle Bemühungen der deutschen Regierung, eine allgemeine Amnestie für diese Gefangenen herbeizuführen, sind bisher an der ablehnenden Haltung Frankreichs gescheitert. Zwar ist in einer gewissen Zahl von Fällen (etwa 200) eine Einzelhaftentlassung erfolgt, das ist jedoch nur ein geringer Bruchteil der in Betracht kommenden Beurteilungen. Eine sehr große Zahl politischer Gefangener hat inzwischen die von den französischen Kriegsgerichten verhängten Freiheitsstrafen abgebußt. Noch jetzt aber befinden sich etwa 1500 durch alliierte Kriegsgerichte verurteilte Deutsche in Gefangenschaft. Zu diesen kommen noch 40 Gefangene hinzu, die nach Frankreich, und 6, die nach Belgien deportiert worden sind. Die betreffenden französischen Stellen haben aber nicht nur die allgemeine Amnestierung der vor der Einstellung des Ruhrkampfes verurteilten Deutschen abgelehnt, sondern nehmen sogar jetzt noch Verhaftungen auf Grund von Handlungen vor, die rein politischen Charakters sind und die in die Zeit des Ruhrkampfes fallen. In den französischen Gefängnissen des besetzten Gebietes befindet sich eine ganze Reihe von Untersuchungsgefangenen, die seit etwa einem Jahr darauf warten, daß sie den französischen Kriegsgerichten zur Beurteilung vorgeführt werden.

Die Lage dieser politischen Gefangenen ist infolgedessen besonders hart, als sie abgeschlossen gehalten werden und ihnen die Fürsorge des deutschen Roten Kreuzes verweigert wird. Noch beklagenswerter ist natürlich das Schicksal der in die Justizhäuser und Gefängnisse Frankreichs verschleppten Deutschen. Fern von der Heimat und infolge der Langwierigkeit des Briefverkehrs ohne Nachrichten von ihren Angehörigen, müssen diese Unglücklichen getrennt von einander unter französischen Schwerkriegsverbrechern ihr Dasein fristen. Lediglich handelt es sich bei diesen Deportierten nicht etwa um sogenannte „Saboteure“. Es befinden sich darunter Männer, die sich mit dem Gedanken trugen, ihrem Vaterlande durch Sabotage zu dienen, die diesen Gedanken aber niemals ausgeführt haben. Es befindet sich ferner unter ihnen ein Familienvater, der sich in Uebereinstimmung mit den Anordnungen der Vorgesetzten lediglich weigerte, einen französischen Befehl telephonisch weiterzugeben. Nach hier vorliegende Nachrichten erweist es fast den Anschein, als ob die französische Regierung zur Freigabe der Gefangenen erst nach Lösung der Reparationsfrage sich entschließen wolle. Es widerstrebt mir einzuwenden, daran zu glauben, daß die französische Regierung wirklich beabsichtigen sollte, die verzeihliche Lage der Gefangenen auszuheilen, um einen Tausch auf die deutsche Regierung in der Reparationsfrage auszuüben. Ich will hier auf die rechtliche Seite nicht eingehen, aber eins muß ich betonen, das ganze deutsche Volk ist durch die schmachvolle Behandlung seiner Landleute im tiefsten Innern verletzt.



## Neues vom Tage.

### Keine Erschütterung der Rentenmark.

Berlin, 6. April. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, hat die Verwaltung der Rentenmark eine Sitzung abgehalten, an der auch Vertreter der Reichsregierung teilgenommen haben. Gegenüber dem von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Alarmgerücht über Untergrabungsversuche gegen die Rentenmark erklärte das Mitglied des Verwaltungsrates der Rentenbank, Hilger, einem Vertreter des Blattes, daß von irgendwelchen Wandern gegen die Rentenbank nichts bekannt sei. Die Möglichkeit einer Erschütterung der Rentenbank vom Auslande her bestehe nicht. Die Rentenmark muß und wird stabil sein.

### Reichskohlenrat gegen „Micum“-Verträge.

Berlin, 6. April. Der Reichskohlenrat und der Reichskohlenverband befaßten sich mit der Notlage des Bergbaues und besonders der Bergarbeiterschaft des Ruhrbezirkes im Zusammenhang mit den „Micum“-Verträgen. Man kam einstimmig zu dem Ergebnis, daß die „Micum“-Lohnen unerträglich seien, da sie die „Substanz“ des Bergbaues und der Bergarbeiterschaft zerstörten. Der Reichskohlenrat und der Reichskohlenverband gaben der Erwartung Ausdruck, daß für die Krise im Bergbau nach dem 15. April eine Lösung gefunden werde und diese zu erträglichen Zuständen führt, bevor ein vollständiger Zusammenbruch eintritt. Die amtlichen Verhandlungen über die Verlängerung der „Micum“-Verträge werden am Dienstag, 8. April, in Düsseldorf beginnen.

### Um die Micumverträge.

Berlin, 6. April. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Paris gemeldet wird, hat Poincaré in der Unterredung mit dem deutschen Vorkämpfer kein Gehör darauf gemacht, daß die französische Regierung unbedingt auf der Erneuerung der „Micum“-Verträge bestehen bleiben und daß sie, wie bereits der Minister für öffentliche Arbeiten in der Kammerführung angekündigt hat, erforderlichenfalls durch besondere Maßnahmen die Fortsetzung dieser Verträge erzwingen werde.

### Verzögerung des Sachverständigen-Berichts.

Paris, 6. April. Der Redaktionsausschuß des Komitees Dawes hat Freitag vormittag seine Arbeiten an dem endgültigen Bericht fortgesetzt. Nach dem „Intransigent“ soll eine neue Verzögerung entstanden sein.

### Nein Abkommen mit Eisenbahnarbeitern.

Berlin, 5. April. Zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Spitzenorganisationen hatten, wie schon berichtet wurde, die Verhandlungen über den neuen Lohnvertrag der Eisenbahnarbeiter zu einer provisorischen Einigung geführt. Wie wir hören, hat das Reichskabinett dieser Regelung aus allgemeinen politischen und aus währungspolitischen Gründen seine Zustimmung versagt.

### Die Goldnotenbank kommt nach Berlin.

Paris, 6. April. „Matin“ teilt mit: daß der Vorschlag für die Goldnotenbank im Dawesbericht endgültig wie folgt formuliert worden ist: Der Reichsbank soll ein Kapital von 400 Mill. Goldmark in Stücken von 100 Mark haben. Alle diese Stücke würden der gleichen Behandlung unterliegen. 1 Mill. derartiger Stücke würden der Reichsbank überwiesen. 3 Mill. in Gold oder Devisenzuteilungen werden dem internationalen Markt zur Zeichnung zugehen.

### Die Kontrollnote vor der Vorkämpferkonferenz.

Paris, 6. April. Die Vorkämpferkonferenz versammelte sich im Louvre, um die deutsche Note über die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle zu prüfen. Da einige der Delegierten von ihren Regierungen noch keine Instruktionen erhalten hatten, fand nur ein allgemeiner Meinungsaustausch statt.

## Württembergischer Landtag.

### Eine Schlußdebatte.

Stuttgart, 5. April.

In der Abend Sitzung des Landtags am Freitag gab es vor schwach besetztem Haus noch eine Schlußdebatte. Den Anlaß hierzu bot die Große Anfrage des Abg. Gehmann (Soz.) und Gen. betr. Spar- und Abbaumaßnahmen im Schulwesen. Gehmann führte zur Begründung seiner Anfrage aus, daß nach den Beschlüssen des Reichstags und des württ. Landtags die Spar- und Abbaumaßnahmen auf allen Gebieten des Schulwesens zulezt und nur mit aller gebotener Rücksichtnahme durchzuführen seien. Bisher seien schon 726 Klassen über die Höchstschränke hinaus besetzt. In erster Linie müsse bei der Schule daher ein Aufbau erfolgen. Auch die trübe finanzielle Lage könne und dieser Pflicht nicht entgegen. Kultminister Dr. v. Sieber führte aus, daß die Unterrichtsverwaltung von den allgemeinen Sparmaßnahmen nicht ausgenommen werden konnte und sich dieser Zwangslage fügen müßte. Wenn nicht in den anderen Verwaltungen auch abgebaut werde, so sei der Schulabbau nicht zu verantworten. Daher habe er sich vorbehalten, je nach Entwicklung der Verhältnisse in den anderen Verwaltungen seine Pläne entsprechend zu ändern. Die Grenze des Schulabbaues sei da, wo die Leistungsfähigkeit der Schule ernstlich gefährdet werde. Ein schematischer Abbau von wenigstens 15 Prozent sei völlig unmöglich. Die äußerste Not zwänge aber zu folgenden organisatorischen Maßnahmen: Einschränkung des sachlichen Aufwands, Stillstand im Ausbau der Schulen, Stilllegung kleiner Schulen, Steigerung der Klassenschülerzahl, Erhöhung der Unterrichtspflicht der Lehrer, teilweise Herabsetzung der Dauer des Lehrgangs und Herabsetzung der Wochenstundenzahl der Schulen. Dabei sollen Schulstellen nicht förmlich aufgehoben werden, sondern einfach bis auf weiteres ruhen. Auf Einzelheiten eingehend, bemerkte Kultminister Sieber, daß unsere drei württembergischen Hochschulen ihren Schwerpunkten im Reich ebenbürtig bleiben müssen. Es würden aber in Tübingen 5 und in Stuttgart 3 außerordentliche Professuren nicht mehr besetzt. Bei dem landwirtschaftlichen Schulwesen sei ein feiner Abbau gedacht. Die Erhaltung unserer Kunstschulen gehöre zur kulturpolitischen Repräsentation unseres Landes, wofür wir nicht zu einer Probing herabsinken wollen. Bei den höheren Schulen sei an die Aufhebung von 13 Land-Gartern- und Realschulen gedacht. An den höheren Lehranstalten würden im ganzen 180 Lehrkräfte wegfallen. Die Lehrerbildungsanstalten bleiben erhalten. Bei den Volksschulen werde die Normalklassenzahl für eine Klasse auf 45-50 erhöht. Ferner sei die Aufhebung von 30 einklassigen Volksschulen auf dem Land vorgezogen. Dies sei die härteste Abbaumaßnahme in der Schulverwaltung. Ingesamt würden 790 Stellen an Volksschulen eingedaut. Kultminister Sieber bemerkte noch, er anerkenne, daß diese Maßnahmen eine nicht unwesentliche Verschlechterung des Unterrichtswesens herbeiführe, ja sogar ein Berechnen bedeute und nur getragen werden könne von der Ueberzeugung, daß nichts Dringender jetzt notwendig sei als die Aufrechterhaltung unserer Währung und die Sanierung unserer Finanzen. Wir müßten es ertragen, um das allerhöchste zu verhüten. Bei der sich anschließenden Besprechung der Erklärung des Kultministers erklärte Abg. Färst (V.B.), daß gegen den Abbau schlüssig sich nicht viel sagen lasse. Er wende sich aber dagegen, daß der Abbau in den Ländern gegenüber dem Reich so groß sei und daß das feine organische Gebilde der Schule so mechanisch wie die übrigen Abbaubjekte mit der Elle des Finanzministers gemessen werden solle. Bei einer Erhöhung der Schülerzahl müßten sich die Lehrer auf handwerksmäßige Arbeiten einstellen. Er müsse dies als Barbarei bezeichnen. Besonders sei zu bedauern, daß die Besetzung des Schulabbaues in erster Linie das flache Land zu seihen hätte.

Der Landtag setzte am Samstag die Beratung der sozialdemokratischen Anfrage betreffend den Schulabbau fort. Abg. Föllisch (Zentr.) nannte den Schulabbau einen Kulturabbau und eine geistige Selbstverwundung. Man möge doch an anderen Punkten sparen und die Kreise erfassen, die die Straße versteinern und das Publikum belästigen. (Bravo!) Es sei dem Staate unmöglich, die Kosten für die Weiterführung einer zum Abbau verurteilten Schule den Gemeinden zuzuwälzen. Frau Abg. Wand (Dem.) erklärte, die Abbaumaßnahmen im Schulwesen seien vollkommen untragbar, wenn nicht die anderen Sparmaßnahmen vorangegangen seien. Abg. Dr. Schermann (Zentr.) wandte sich besonders gegen die Erhöhung der Klassenschülerzahl und setzte sich besonders für die Studienassessoren ein. Weiter sprachen noch die Abgg. Schmet (Komm.) und Gehmann (Soz.), worauf der Antrag Gehmann, der die Erhöhung der Klassenschülerzahl mißbilligt, an den Schulausschuß überwiesen wurde.

## Amtliches.

### Vom Oberamtsbezirk Calw.

Vieh- und Schweinemarkt in Calw am Mittwoch, den 9. April 1924. Der Markt wird unter folgenden Bedingungen gestattet: 1. Aus Sperr- und Beobachtungsbezirken dürfen Tiere nicht zugeführt werden. 2. Für alle zu Markt gebrachten Tiere sind Ursprungszeugnisse beizubringen. Tiere, für die solche Zeugnisse fehlen, sind zurückzuweisen. 3. Alle zu Markt gebrachten Tiere sind vor dem Kauftrieb durch den beamteten Tierarzt zu untersuchen. Vor dieser Untersuchung sowie außerhalb des Marktplatzes darf keinerlei Handel stattfinden. 4. Viehhändler haben die erforderlichen Gesundheitszeugnisse beizubringen. 5. Personen aus Sperr- und Beobachtungsbezirken dürfen den Markt nicht betreten.

## Aus Stadt und Land.

Altensiege, 7. April 1924.

— Ausnahmen der Verordnung gegen Auslandsreisen. Von der Ausreisegeld (500 Mark) sind befreit: 1. Kranke, die durch eine amtliche Bescheinigung nachweisen, daß sie nach der Art ihrer Erkrankung nur an einem Orte außerhalb Deutschlands Heilung oder Besserung erwarten können. 2. Erholungsbedürftige Kinder unter 14 Jahren, sofern es sich um Reisegruppen handelt, die mindestens fünf Kinder unter 14 Jahren umfassen. Die Befreiung gilt auch für die Transportführer. 3. Auswanderer. 4. Selbständige Gewerbetreibende und deren Angehörige, sofern die Handelskammer schriftlich erklärt, daß es sich um eine aus geschäftlichen Gründen notwendige Reise handelt. 5. Arbeitnehmer, die sich vorübergehend in das Ausland begeben, um nachweislich dort ihrem Verdienst nachzukommen. 6. Beamte, sofern die vorgesetzte Behörde bescheinigt, daß die Reise zur Erledigung von Dienstgeschäften im Ausland erforderlich ist. Ferner Geistliche und Mitglieder religiöser Orden oder ordensähnlicher Kongregationen, sofern die kirchlichen Aufsichtsbehörden oder die geistlichen Oberen bescheinigen, daß die Reise im kirchlichen Interesse liegt. 7. Vertreter inländischer Zeitungen und Zeitschriften, sofern die Berufsvertretung bescheinigt, daß die Reise ins Ausland im journalistischen Interesse liegt, ferner Vertreter ausländischer Zeitungen und Zeitschriften, die sich durch eine Bescheinigung der Pressestelle des ausländischen Amtes als solche ausweisen.

— Dem gehören die Pakete? Bei dem Eisenbahnunglück in Ludwigshafen (Oberfranken) am 18. Febr. sind auch neun mit Postpaketen beladene Güterwagen zerstört worden. Zahlreiche Pakete und alle möglichen Einzelgegenstände sind aber mangels jeglicher An-

Das Unglück macht weise, es öffnet die Augen gegen die Notwendigkeit, die sie blindeten und starr uns über die Wichtigkeit der Dinge auf.

Friedrich Dr. Gr.

## Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Sie wagte nicht aufzudenken, was sein könnte. Nein, Gott war barmherzig. Er ließ ihn wiederkommen. Er stand vor seiner Tür. Ach, einen Grund haben, sein Zimmer zu betreten.

Da erinnerte sie sich: hatte er nicht sein Nargentennel im Schlafzimmer liegen lassen?

Ja, sie fand es noch vor, es lag auf dem Tisch. Sie nahm es hastig an sich und eilte wieder an seine Tür. Aber hineingehen? Sie brachte es nicht über sich.

O, dieser unfehle Stolz und Trotz, wie litt sie selbst und kam doch nicht darüber!

Wenn er dorthin doch nur ein Wort sänt. Aber nur dieses kurze, kalte Abschiedswort: es starb sie, wenn sie daran dachte.

Endlich hatte sie sich übermannt. Raubbau von sie den Nargentennel und Nargentennel. Sie schreute vor dem Geräusch zusammen. Sie sah sie sich um.

Nereine! rief er.

Sie wollte dennoch nicht zu ihm. Da hörte sie ihn den Schreuschrei hören. Sie sah ein Herz lassend, drückte sie die Hand nieder.

Er warnte sie um. Bei ihrem Anblick, den er am allerwenigsten erwartete, fand er auf, ein unverschämtes Staunen im Tonfall seiner Stimme: „Du, Rosemarie?“

„Ja, Hans Eckardt, ich bringe dein Nargentennel. Du hast es an Hagen lassen. Du hast es einmal, es sei ein Aushalten an deine Mutter.“ kam es leise, beinahe schüchtern von ihren Lippen.

Er lächelte an seine Brusttaische.

„Ach, ja. Ich dank dir für deine Aufmerksamkeit. Unfehle wäre mir sein Reiben gewesen.“

Weiter nichts. Beinahe stehend sah sie ihn an.

Wo war ihre holze Selbstsicherheit geblieben?

In höflich abwartender Haltung stand er da. Mein Gott, konnte er ihr denn nicht zu Hilfe kommen?

„Hans Eckardt — ich änselige mich!“ lächerte sie.

„Du bist eine Soldatenfrau, Rosemarie! Um Sedbewei wenn ihm etwas menschliches zusiehe, würde allerdings ein liebes, schönes Mädchen, keine heimliche Braut meinen müssen! Soldatenlos!“ Er suchte die Köpfe. Kalt, unbewegt blieb sein Gesicht. Kein entgegenkommendes Wort. Da lachte sie wieder ihr zäselnder Trotz.

„Gute Nacht, Hans Eckardt! Und gute Nacht!“

Draußen legte sie die erhobenen Arme gegen die Wand und presste das Gesicht an den kalten Marmor. Mein Gott, konnte ein Mann denn so oraufsam sein?

Ihr war, als risse man ihr das Herz aus der Brust. Warum verstand er sie nicht? Wollte er sie nicht verstehen? Er hätte doch wissen müssen, daß sie nicht um das Nargentennel zu ihm gekommen war. Daß sie sich nur nach einem leichten, beruhigenden, guten Wort von ihm gefehnt.

„O, Hans Eckardt, du grauer, über alles geliebter Mann.“

Und er stand drinnen, die Hände gegen die Augen gereicht mit bestig atmender Brust. Es rief ihn nach der Tür, ihr nachzusehen, sie zurückzusehen. Er wagte es genau: ein Wort nur hätte es ihn gekostet, und die liebste Frau war sein. Er kommen hätte es ihm verraten. Wie hatten ihre roten Lippen ihm schneidig entgegengeschliff. Die Berührung war groß, aber er sprach das Wort nicht, an ihr war es, er kam ihr nicht um Haarsbreite mehr entgegen. Sein tief verdrückter Mannesstolz verbot ihm das.

Er warf sich in seinen Schreibstuhl, das Gesicht auf seine Hände gelegt. „Rosemarie“, rief er, „Rosemarie —“

Sie haben sich nicht mehr.

Am nächsten Morgen fuhr er in aller Frühe nach der Bahn. Ihren Fenstern galt sein letzter Blick. Fertigt angefeindet stand sie hinter den Vorhängen um ihn noch einmal zu sehen.

Der Morgennebel weiße Schleier lösten sich vor der Sonne Strahlen auf, als sie endlich mit einem verlorenen, in sich gekehrten Blick vom Fenster zurücktrat.

Verzweifelt schluchzte sie auf. Mit einer wilden, selbstschmerzlichen Bewegung streifte sie die Arme von sich, wie um etwas zu umfassen, ehe es ihr ganz entwand. Ihr Entschluß war gefestigt.

Die Reisetische war bald mit dem Äblichsten gepackt. Und ganz unten hinein tat sie ein kleines blinkendes Ding für alle Fälle — sie lächelte dabei, ein wildes entschlossenes Lächeln.

Tief atmend setzte sie sich fest. Nun sie wußte, was sie tun wollte, war sie ganz ruhig geworden.

Sie fuhr nach Berlin. Sie wußte: Edrinnen war — dem Hauptplatz. In seinem Hotel wartete sie auf ihn. Daß, die Kassen vor innerer Aufregung offend, fand sie vor ihm.

„Grüß! Frau Rosemarie!“ rief er erstaunt.

„Sind sie fort?“ lächerte sie tonlos.

„Ja.“

Da schloß sie die Kassen und tat einen tiefen, schweren Atemzug. Die Schreiden Kasse es. Erschüttert hielt er ihre Hände. Er konnte nichts sagen.

„Ich will ihnen nach — ich vergehe sonst — ich muß in seiner Nähe sein!“ rief sie hervor.

„Wie denken Sie sich das?“

„Sie müssen mit helfen, Durchsicht. Im Auto — gleich viel — nur keine Zeit verlieren.“

Er befaß sich.

„Ich fahre mit Ihnen, Frau Rosemarie. Ich wollte mit dem Mittagszug nach München. So ist mir aber lieber.“

„Sie drückte ihm die Hand und sah ihn in unerschütterlicher Dankbarkeit an.“

„Ich will aufmachen, was ich in Trotz an meinem Mann gefehnt habe. Nicht einen Tag länger kann ich das noch ertragen, was ich während der letzten Tage ertragen habe. Ich bin sehr klein, ganz klein geworden. Abanten Sie in mein reuegeantenes Herz sehen.“ sagte sie.

„Liebe, letzte Frau.“ die Stimme verflücht ihn. Ja, es hatte etwas kommen müssen, etwas Gewaltiges. Erschüttert, daß sie sich auf ihre Pflicht und ihre Liebe befaß und alle trotzigen bösen Gedanken vergaß.

(Fortsetzung folgt.)





## Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1924.

I. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:

1. alle im Bezirk des unterzeichneten Finanzamts wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständigen steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Reichsdeutsche),
2. juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts sowie alle Gewerkschaften, nicht rechtsfähige Personvereinigungen, Kassen, Stiftungen und andere Zuordnungen, sofern sie den Sitz oder den Ort der Leitung im Bezirk des unterzeichneten Finanzamts haben, also insbesondere Gewerkschaften (wie Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften, Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften, eingetragene Vereine, nicht rechtsfähige Personvereinigungen, die Gewerkschaften verfolgen (außer Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer des Betriebs anzusehen sind, z. B. offene Handel- und Kommanditgesellschaften), Stiftungen, Anstalten und Zuordnungen,

wenn sie am 31. Dezember 1923 ein Vermögen von mehr als 5000 Reichsmark besessen haben.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind ferner verpflichtet ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung alle natürlichen und juristischen Personen, sowie Personvereinigungen und Zuordnungen, die nach § 3 des Vermögenssteuergesetzes mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen steuerpflichtig sind (beschränkt steuerpflichtige).

II. Die hernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorbeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 1. bis 15. April 1924 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. Im allgemeinen werden sie den Steuerpflichtigen zugestellt. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweifach — eingeschrieben — einzureichen oder mündlich vor dem Finanzamt abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig. Die Abgabe der Steuererklärung bei dem unterzeichneten Finanzamt ist nicht erforderlich, soweit die unter I bezeichneten Personen die Steuererklärung bei einem anderen Finanzamt abgegeben haben.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verstreift, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Vermögenssteuer wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuerhinterziehung) wird ebenfalls bestraft.

Altensteig, den 4. April 1924.

Das Finanzamt: Hubertich.

Alle  
**Schulbücher**  
und  
**Schulartikel**  
sind zu haben in der  
**W. Rieker'sche Buchhandlung.**

## Calwer Wolldecken

Bettdecken, Reisedecken,  
Bügeldecken, Kamelhaardecken

in großer Auswahl

**Paul Rächle, Calw.**

## Fertige Knaben-Anzüge

aus guten Stoffen gefertigt, in  
allen Größen und neuen Formen

### Gestrickte Knaben-Anzüge

Sweater-Anzüge

Sweater



**Paul Rächle, Calw.**



Altensteig.



**Drahtgeflechte**

6 und 4 eck

**Stacheldraht**

**Spann- und**

**Bindedraht**

**Haften**

**Drahtspanner**

**Drahtstifte**

**Schlösser, Riegel,**

**Ketten, Gänder,**

**Echterniere,**

**Schlempen etc.**

für Gartenläden,  
Ställe etc.

empfehle billigt:



Altensteig.

## Mostrosinen

in vorzüglicher Qualität bei  
billigstem Preis empfiehlt  
Lorenz Laz Jr., Tel. 46.



## Zugtiere

verkauft oder vertauscht gegen Schlachtvieh

**Gräf, Viehhändler**  
Telefon 104.

Ragold.

Ein Paar schöne ca. 19 Jhr. schwere

Bistkarten

reicht schnell und sauber die  
**W. Rieker'sche Buchdr.**

Aufschneiden!

Marxi-Anzeige!

Kaufschreiben!

Union-Reparatur ist ein Bindemittel, womit man alle Reparaturen an Schuhen selbst vornehmen kann und zwar ohne Nägel u. Garn. Gegen Risse, Ritz u. Wunde widerstandsfähig und haltbar. Schuhe, welche keine Nägel mehr halten, reparieren Sie wieder. Alte Lederstücke, aufeinandergeleimt oder gepreßt, ergeben ganz Sohlen. Für Reiter eignen sich alte Blacchandschuhe, Damenstiefeln, Bekleidungen usw. Bei Handschuhen zum Reiten von Stoffe und Felleisen, Widerstandsfähig, hält kaltem wie heißem Wasser stand und läßt sich nicht.

Für Band wirte unentbehrlich zum Reiten von Pferdegeschirren, Sattelriemen usw.; besser und dauerhafter wie gewöhnlich. Universal Kitt Union klebt alle Gegenstände. Stielgut, Holz, Leder, Gummi, Bernstein, Horn, Marmor, Stein, Metall usw. klebt man haltbar und sauber mit „Union“. Kleber von Staub und Sand löst ein und werden den ganzen Tag Reparaturen vorgeführt und erklärt. Außerdem habe ich einen vorzüglichen Email- u. Porzellan Kitt. Hält jede Beschädigung stand, fittet unter Garantie Glas, Porzellan, Stielgut usw., bei Emaille-Rodgerschirren vorteilhafter als Bienen. Kennlich am gelben Plakat: Ritt.

Sächs. Ritthaus Riedheim.

Eingesandt.

Im Inseratenteil der Samstagnummer dieser Zeitung bringt J. Dürr die Ankündigung einer Wählerversammlung, die ohne den Namen einer bestimmten Partei zu nennen, in der Form ihrer Unterschrift: „Der Bezirks-Vertrauensmann“ nicht wirksam ist, sondern schon mehr an Unserförmlichkeit grenzt. Der Einberufer bezeichnet sich damit kurzweg allgemein als den Bezirks-Vertrauensmann sämtlicher Wähler. J. Dürr mag der Vertrauensmann der Bezirksgruppe irgend einer politischen Partei sein. Dieses Vergnügen wollen wir ihm unangestastet belassen. Wenn aber diese Gruppe dergestalt das Licht des Tages scheuen muß, daß sich der Einberufer nicht einmal getraut, offen ihren Namen zu nennen, so wäre der Aufruf besser unterblieben. Wir sind keine Freunde derer, die im Trüben fischen wollen. Der Bezirk hat doch beherrenmäßigen noch Gruppen anderer Parteien, die kein Vertrauen zu obigen Einberufer haben. Die große Zahl der Wähler dieser Parteien muß es sich energisch verbitten, daß sich J. Dürr in der von ihm gewählten Fassung seiner Unterschrift auch als ihr Vertrauensmann bezeichne. Wie sagt doch Göthe? „Man merkt die Absicht und man wird verstimmt.“

J. H.: Ein Wähler.

## Druckarbeiten

für Behörden, Geschäfte  
u. Private liefert schnell  
und preiswert die  
**W. Rieker'sche Buchdr.**

Calw. Rabene.

Ragold: Sara Deubler, geb.

Deumer, 83 J.

Jagelberg: Anna Maria

Finkbeiner geb. Seibt, 85 J.

Wiesendronn: Mathias Gei-

ser, Baumunternehmer (Widw.),

Calw.

Reinhard: Johannes Rein-

gelmann, früher Schultheiß,

73 Jahre.